

«Pingu» und Internet

CATHERINE AESCHBACHER

Den Fernseher auf den Estrich stellen und den Kabelanschluss plombieren – dies ist wohl die einfachste Lösung des Problems «Kind und Fernsehen». Aber erstens wird sie selten praktiziert und zweitens ist das Fernsehen nur ein Medium unter vielen, die täglich in der Kinderstube Einzug halten. Gefragt ist folglich eine Medienerziehung, deren Ziel ein Beherrschen des Mediums ist. Kinder sollen lernen, sozusagen hinter die schillernde Kulisse zu sehen und die Mechanismen zu erkennen. Im Laufe ihrer Entwicklung müssen Kinder auch den Unterschied zwischen der realen Welt und der Medienrealität und die Beziehung zwischen den beiden Welten kennenlernen.

Medienerziehung muss natürlich altersgerecht und problembezogen erfolgen. «Es macht wenig Sinn, mit Kindergartenkindern über 'Pingu' zu sprechen, wenn diese die Figur und die Filme gar nicht kennen», hielt Hansjörg Mosimann in seinem Referat fest. Der Medienpädagoge und kantonale Beauftragte für Medienpädagogik in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung sprach anlässlich der Tagung «Erziehen – Spiel mit Grenzen», die von der Erziehungskommission des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen BSF in Bern durchgeführt worden war.

«Eltern sind Vorbilder»

Anhand praktischer Beispiele und eigener Erfahrungen machte Mosimann die Probleme von Kindern und Eltern im Umgang mit den Medien deutlich. «Eltern sind Vorbilder, sie müssen das eigene Medienverhalten kritisch hinterfragen», unterstrich Mosimann. Wer das Abendessen wegen der «Tagesschau» unterbricht, kann den Kindern nur schwer ein ähnliches Verhalten verbieten. Eltern müssen aber auch Mut zur Medienerziehung haben und Grenzen ziehen, forderte der Pädagoge und gab nachfolgend einige Empfehlungen ab. Immer im Wissen, dass jede Familie ihren eigenen Weg finden muss.

- Das Überangebot an Sendern und Programmen bedingt eine gezielte Auswahl. Die in Zeitungen und Zeitschriften ausgedruckten Programme erleichtern die Suche. Eltern müssen jedoch damit rechnen, dass die von den Kindern getroffene Auswahl nicht identisch ist mit der von ihnen erwünschten. Diskussionen sind unumgänglich.

- Zeitliche Rahmenbedingungen sind wichtig. Eltern sollten festlegen, wie lange und bis wann ihre Kinder fernsehen oder am Computer sitzen dürfen.

- Medien sollten wenn immer möglich gemeinsam genutzt werden. Dies gilt auch für Computerspiele. Auf diese Weise erfahren die Eltern, was ihre Kinder sehen, können darüber sprechen und gegebenenfalls Kritik anbringen. Der Fernseher sollte also nicht einfach als Babysitter missbraucht werden. Tauchen Fragen im Zusammenhang mit Inhalten auf, sollten Eltern darauf eingehen.

- Medien sollten die Familienrituale nicht tangieren. Gemeinsame Aktivitäten, Mahlzeiten und ähnliches sollten Vorrang haben. Dies gilt natürlich auch für Sendungen, die die Eltern gerne hören oder sehen möchten. Wichtig ist hier auch die Frage nach dem Standort des Fernsehers. Wird das TV-Gerät so platziert, dass man vom Esstisch aus bequem fernsehen kann, sind ungestörte gemeinsame Mahlzeiten eher in Gefahr als bei einer andern Lösung.

- Medien sollten nicht als Erziehungsmittel eingesetzt werden. Fernsehen ist keine Belohnung, der Entzug des Computers keine Strafe.

- Videogeräte sind eine nützliche Ergänzung zum Fernsehen. Sie erlauben eine zeitunabhängige TV-Nutzung, eine gezielte Auswahl der Inhalte und die Vorvisionierung seitens der Eltern. Zudem können Kinder Sendungen mehrmals anschauen oder vor- und zurückspulen.

- Obschon beim Kino Alterszulassungen gelten, sollten Eltern selbst eine Abschätzung vornehmen. Auch hier empfiehlt sich eine Vorvisionierung der Filme. Zu empfehlen ist aus Sicht des Medienpädagogen in diesem Zusammenhang der Kinderfilmklub «Zauberlaterne».

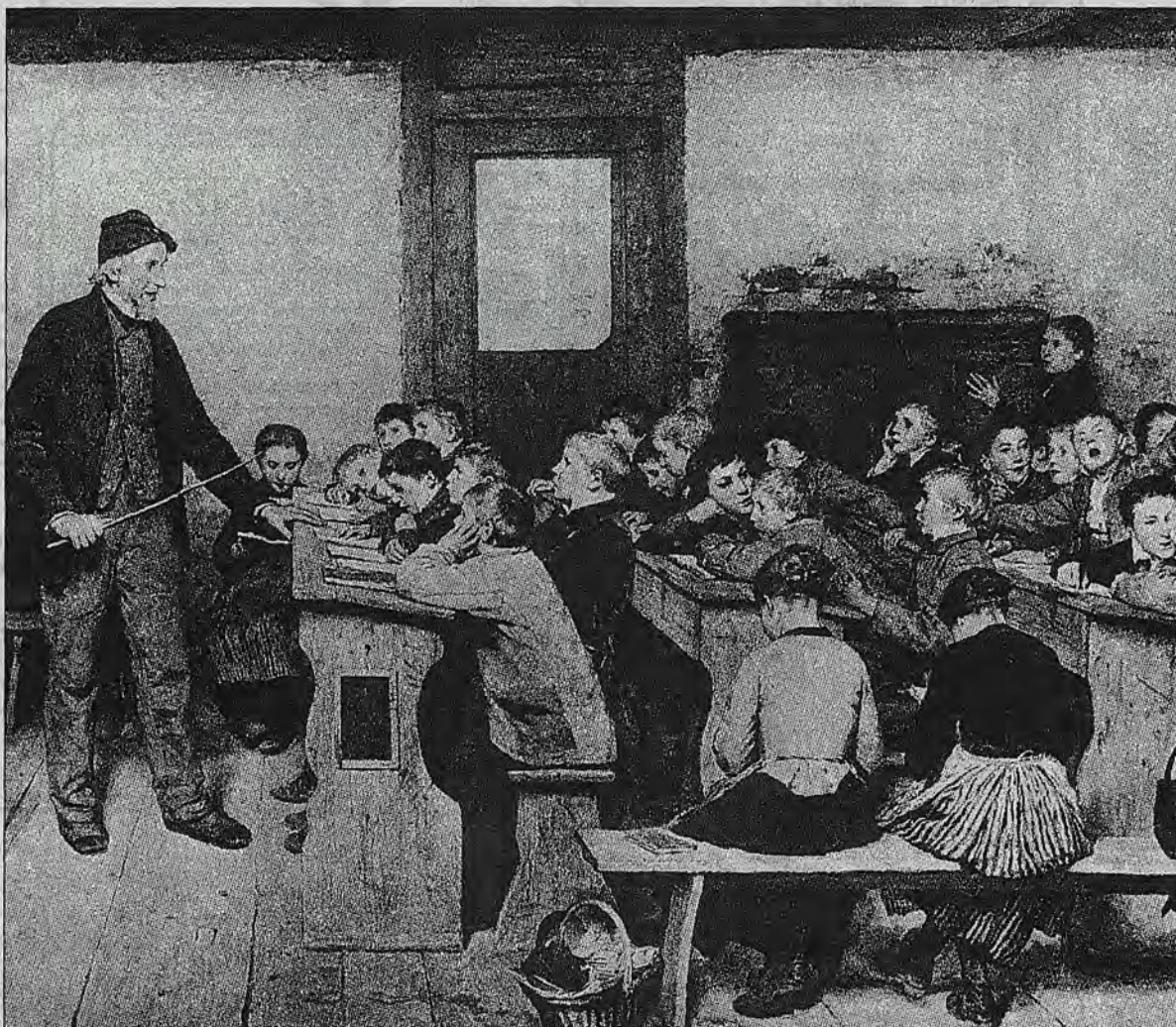
- Medienerziehung ist nicht immer eine Einbahnstrasse. Kinder sind gegenüber neuen Medien vielfach offener als ihre Eltern und lernen die Handhabung schneller. Eltern können speziell im Computerbereich auch von den Kompetenzen ihrer Kinder profitieren.

Literaturhinweis: «Kinder und Jugendliche im Medienmix»

ist der Titel eines handlichen Schubers mit 3 Broschüren zur altersgerechten Medienerziehung. Er kostet 21 Franken und ist zu beziehen bei: «Schule und Elternhaus Schweiz», Gerbergasse 26, Postfach, 4001 Basel. Tel. 061/261 23 74.

Wann macht Schulzwang noch Sinn?

SCHULE / Zunehmende Gewaltbereitschaft und Disziplinlosigkeit machen nicht nur der Lehrerschaft im Unterricht zu schaffen. Auch lernwillige Schülerinnen und Schüler sind betroffen. Der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) diskutiert Massnahmen und führt in diesem Frühjahr eine Umfrage bei 1200 Mitgliedern durch – Gedanken des Zentralsekretärs zum Thema.



Auch in Albert Ankers Schulstube lässt die Disziplin in den hinteren Reihen zu wünschen übrig.

ZVG

URS SCHILDKNECHT

Papierflugzeuge fliegen durch Zimmer, dumme Sprüche werden in die Pulte eingraviert, Schulräume böswillig verunreinigt. Schülerinnen und Schüler sind unpünktlich und provozieren die Lehrperson während des Unterrichts durch Mimik, Gestik, Dazwischenreden, Pöbeln, Unhöflichkeiten, Beleidigungen, Aufstehen, Essen, Dösen, Umherlaufen, Arbeitsverweigerung, Dummstellen usw. Schülerinnen und Schüler fallen sich gegenseitig verbal an. Und die Bereitschaft zu grossen Sachbeschädigungen und Gewalttaten ist gestiegen.

Störungen im Unterricht sind an sich nichts Neues. Immer mehr Konzentrationsschwache, hyperaktive oder ag-

Es kann nicht Aufgabe der Schule sein, unwillige Jugendliche mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand der Lehrperson auf einen Minimalstandard zu trimmen.

gressive Schülerinnen und Schüler sind zu verzeichnen. Mangelnder Respekt und fehlende Umgangsregeln nehmen in der Schule in Form von Disziplinlosigkeit teilweise Ausmasse an, welche die Aufgaben der Lehrperson oder des Lehrers zunehmend stark belasten und guten Unterricht erschweren oder gar verunmöglichen. G. E. Becker definiert Disziplin in seinem Buch mit dem Titel «Lehrer lösen Konflikte» als «das Einhalten ei-

1200 Fragebogen

kmb. Die Umfrage des Dachverbandes Schweizer Lehrerinnen und Lehrer bei 1200, nach statistischen Kriterien ausgewählten Mitgliedern dauert bis zum 25. April 1997. Sie umfasst Fragen über die Art und das Ausmass der Disziplinschwierigkeiten, über die erlebte Belastung, über die Unterstützung durch Dritte und über Möglichkeiten der Prävention.

Zudem ist die Meinung der Kolleginnen und Kollegen gefragt.

ner sozialen Ordnung mit entsprechenden Verhaltensregeln, die zur Durchführung eines bestimmten Unterrichtsvorhabens erforderlich ist.

Lehrpersonen wissen, dass Disziplin immer Mittel ist, um vernünftig und zielgerichtet arbeiten zu können und um das Zusammenleben erträglich zu machen. Mit andern Worten: Klassenführung und -lenkung ist absolut notwendig, und zwar für die Gesunderhaltung der Lehrperson und für einen geordneten Unterricht, in dem durch Rahmenbedingungen und konsequentes Grenzsetzen konzentriertes Zuhören und Einzelarbeit oder gemeinsames Lernen ermöglicht werden. Dies bedeutet nicht einfach Zucht und Ordnung, blinder Gehorsam im preussischen Sinn. Disziplin und die offene, freundliche Begegnung zwischen Lehrperson und Schülerschaft sind kein Widerspruch. Um aber im gesunden Klima gegenseitiger Achtung arbeiten zu können, braucht es Regeln und Abmachungen, die von allen Beteiligten eingehalten werden müssen und alle gleichermaßen fordert und fördert.

In den letzten drei Jahrzehnten wurde das staatliche Volksschulwesen stark auf die aus pädagogischen wie auch aus staatspolitischen Gründen berechtigten Forderungen der Chancengleichheit und der optimalen Förderung aller Schülerinnen und Schüler hin weiterentwickelt. Möglichst homogene Jahrgangsklassen und damit verbunden eine starke Tendenz zu vermehrter Selektion, ein gutes Angebot vieler individueller Fördermassnahmen und die Verlängerung der obligatorischen Schulzeit generell auf neun Jahre sowie der Ausbau des freiwilligen 10. Schuljahres waren einige Folgen dieser Entwicklung... aber Disziplinverweigerung und fehlende Motivation von Schülerinnen und Schülern beeinträchtigen Qualität und Effizienz der Schule und provozieren schulische Diskriminierung.

Mit den Vernehmlassungen der Erziehungsdirektoren-Konferenz zur Sekundarstufe I (S I) und einer Abschlussprüfung am Ende der Schulpflicht wurde eine intensive Diskussion über Inhalte, Strukturen und Ziele dieser Stufe und eben auch über die Verbesserung der Motivation der Schülerinnen und Schüler angeregt.

Unbestritten ist, dass die Effizienz (und damit Disziplin und Motivation der Schülerschaft als Voraussetzung für effizienten Unterricht) auch in der Schule in verschiedener Hinsicht wesentlich ist. Die zunehmende Disziplinlosigkeit demotivierter Jugendlicher und die verschärfte Forderung nach haushälterischerem Umgang mit den Finanzen für die Schule provozieren den Abbau optimaler Förderangebote für alle Schülerinnen und Schüler: Wieso soll der Staat weiterhin für ein Angebot aufkommen,

das von den Nutzern gar nicht gefragt ist? Warum sollen beispielsweise alle Schülerinnen und Schüler des neunten Schuljahres unabhängig von ihrer Leistungsbereitschaft den Französisch- oder den Algebraunterricht besuchen müssen? Warum muss jeder Jugendliche unabhängig von seiner Motivation ausnahmslos das neunte Schuljahr absolvieren, auch wenn unter seinem Unwillen oder gar Terror Lehrpersonen, Mitschülerinnen und Mitschüler leiden? Die gute Idee der Chancengleichheit wird pervertiert, wenn sie bloss auf Gleichbehandlung und Pflichtkonsum in einem Gleichschritt-Marsch-Jahrgangsklassen-System besteht. Solche Gleichschaltung setzt fehlendem Leistungswillen nicht nur nichts entgegen, sondern verschärft ungleiche Voraussetzungen in der Klasse auf Kosten aller.

Die pädagogischen Rezepte zur Herstellung von Disziplin sind schon lange bekannt: Hohe Lernzielklarheit, gut strukturierter und abwechslungsreicher Unterricht, gut geführte Schüleraktivitäten sowie Aushandeln und Durchziehen von Vereinbarungen mit der Klasse. Nur reicht auch das in immer mehr Fällen nicht aus. Und an diesem Punkt kommt nun die Frage der Handhabung der Zulassung zu oder Entlassung eines Jugendlichen aus einzelnen Teilen des schulischen Angebots ins Blickfeld. Die Entlassung oder Aussperrung eines Jugendlichen von einem Teil des Schulangebotes in der obligatorischen Schulzeit ist nun aber sozialpolitisch eine sehr delikate Angelegenheit, weil sie die Gefahr der Diskriminierung und die Versuchung zur Elitenauswahl in sich birgt. Trotzdem: Wenn Lehrerinnen und Lehrer ihre Ar-

Wenn Lehrerinnen und Lehrer ihre Arbeit fachmännisch tun, können sie auch Ansprüche stellen und nötigenfalls Ausgrenzungen fordern.

beit fachmännisch tun, können sie auch Ansprüche stellen und nötigenfalls Ausgrenzungen fordern.

Angesichts der zunehmenden Disziplinlosigkeit muss sich unser Berufsverband der Frage nach der Differenzierung des Bildungsangebotes für absolut unmotivierte Schülerinnen und Schüler insbesondere in der Sekundarstufe I annehmen, bevor rein marktwirtschaftlich ausgerichtete Gruppierungen oder Medien diese Thematik mit voraussehbaren Zielsetzungen an sich reissen.

Ein neuer Ansatz könnten Überlegungen sein, die anstelle voraussehbarer Diskriminierung schwieriger Schülerinnen und Schüler sinnvolle Entlastungsmöglichkeiten und ausserschulische Betreuungsmöglichkeiten zum Diskussionsthema machen. Es kann nicht Aufgabe der Schule sein, unwillige Jugendliche mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand der Lehrperson auf einen Minimalstandard zu trimmen. Die optimale Förderung der Mehrheit der immer noch leistungsbereiten Kinder und Jugendlichen ist gefährdet, wenn nicht berücksichtigt wird, dass eine Klasse oft durch eine Minderheit terrorisiert wird und dass ständige Gewalt (drohung) ein miserables Schulklima schafft.

Abnehmende Schulqualität, ein sinkendes «Return on investment» (Rückfluss der finanziellen, personellen und zeitlichen Investitionen) der in die Bildung fließenden Steuergelder, ver-

Wieso soll der Staat weiterhin für ein Angebot aufkommen, das von den Nutzern gar nicht gefragt ist?

schlossene Lehrpersonen und der sich abzeichnende Lehrermangel auf der Realstufe sind weitere Folgen, wenn den zunehmenden Disziplinproblemen keine wirksamen pädagogischen Massnahmen entgegengesetzt werden können.

Eine gute Schulbildung ist nicht nur ein Recht in unserem Staat, das allen zusteht – eine gute Schulbildung verpflichtet Kinder und Jugendliche und mit ihnen die Eltern zu einem ernsthaften Bemühen um Bildung. Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, Unterricht zu veranstalten, um Bildung zu vermitteln. Diesen Auftrag können sie nicht erfüllen, wenn destruktives Handeln einzelner Schülerinnen und Schüler die Befindlichkeit der Lehrperson sowie die Lernfreude und den Lernerfolg ganzer Klassen beeinträchtigt. Lehrpersonen sind nicht verantwortlich für die Resultate, sondern für die optimalen Förderbedingungen im eigenen Zuständigkeitsbereich. Das heisst unter anderem: Lehrpersonen schaffen Lernsituationen, welche Wohlbefinden, Leistungsbereitschaft und Lernfortschritte fördern, vereinbaren mit den Lernenden – entsprechend ihrer Urteilsfähigkeit – Ziel und Bedingungen im Lernprozess unter Einbezug der Eltern und anderen am Bildungsgeschehen Beteiligten. Das heisst aber auch, dass der Lernerfolg nicht machbar ist. Damit grenzt sich die pädagogische Schule klar ab gegen ihre pervertierte Form als Aufbewahrungsort für schwierige, vernachlässigte Kinder und Jugendliche, an dem der Lehrberuf abgesunken ist zur reinen sozialpädagogischen Betreuungsaufgabe: Dies kann aber wahrlich nicht mehr Sache der Lehrerinnen und Lehrer sein!

Der Text erschien am 6. März 1997 in «LCH-Aktuell», dem Informationsblatt des Dachverbandes Schweizer Lehrerinnen und Lehrer.

Günstige Faktoren

lch. Gemäss Anton Strittmatter, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Verbandes LCH, wirken sich folgende Faktoren günstig auf Disziplin und Leistungs-Motivation aus:

- Einsichtige und attraktive Ziele und Themen für die Lernenden
- Günstige Beziehungen zwischen Lehrerinnen/Lehrern und Schülerinnen/Schülern
- Mitverantwortung und Mitgestaltung im Unterricht und im Schulleben (Kontakte)
- Ausgehandelte Verhaltensregeln
- Klare, hohe (aber erfüllbare) Ansprüche
- Abwechslungsreiche und klare Strukturierung des Unterrichts
- Häufige sachliche Rückmeldungen zum Lernerfolg bzw. zur Fehlerkorrektur
- Anerkennung der Leistungen und Bemühungen
- Widerspruchsfreiheit und Kohärenz der Normen.